

Frank Gundel
BIBS Ratsherr
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

0531/ 470-2181
frank.gundel@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 09. Dezember 2008

Redebeitrag Ratssitzung 09.12.2008

TOP 10

Luftreinhaltung; Klimaschutz; Fernwärmeausbauvertrag mit BS Energy

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nach dem ersten Durchlesen des hier zur Annahme vorliegenden „Fernwärme-Ausbauvertrages zwischen BS Energy und der Stadt Braunschweig“ kam auch mir die Frage: warum müssen wir über einen Vertrag beschließen, der nichts beinhaltet, was ohne diesen Vertrag nicht auch schon möglich wäre?!

Diese Frage hatte offensichtlich auch andere bewegt und so kam es zu der für mich bisher einmaligen Situation, dass der OB sein Rechtsamt bemühte, um in einem uns nun vorliegenden Vermerk die Notwendigkeit des Vertrages festzustellen. Inhaltlich bringt der Vermerk des Rechtsamtes auch nicht mehr als den Hinweis, auf vermeintliche „Verpflichtungen, die BS Energy eingehen würde“. Der § 3, der die „weitere Fernwärme-Ausbauplanung und –abstimmung“ behandelt, bleibt aber diesbezüglich sehr allgemein. So will man „beim anstehenden Straßenausbau [...] Rücksicht aufeinander nehmen“, - auch soll „Planungs- und Abstimmungsaufwand [...] möglichst gering gehalten werden“. Dabei spielen „Sammelantragsverfahren“ eine große Rolle, „konkretere“ Absprachen finden sich dort nicht. Das können wohl kaum die wichtigen Absprachen sein, wegen der es einen Vertrag geben muss?!

So bleibt als erste Schlussfolgerung, dass es sich hier womöglich um ein „Green-Washing“ à la Braunschweig handelt. So etwas ist ja bundesrepublikanisch gerade hoch im Kurs. Ich erinnere an die zahlreichen, bis zu mehrseitigen Anzeigen von Energieversorgern, in denen derzeit Kohle- und Atomkraftwerke als umweltgerecht verargumentiert werden.

Für das Green-Washing sprechen auch die erst gestern Abend eingegangenen Antworten der Verwaltung auf Fragen der FDP. Darin wird unter Punkt 4 gefragt: „Warum ist der Beschluss zu dem Vertrag in 2008 erforderlich?“ Die Antwort der Verwaltung: „Erst danach kann BS Energy [...] für die daraus resultierenden positiven Effekte für Klimaschutz und Luftreinhaltung werben!“

Möglich ist natürlich eine weitere Schlussfolgerung, falls man die ‚Notwendigkeit‘ dieses Vertragswerkes als gegeben annimmt: Gibt es neben den uns vorliegenden Papieren womöglich weiter gehende Absprachen!?

Es wird auf ein „Maßnahmenkonzept Tiefbau“ verwiesen. Sind eventuell hier für die Stadt und die Anlieger in den Ausbaugebieten zukünftige, womöglich erhebliche Kosten versteckt?!

Hierzu bedarf es unbedingt einer Aussage der Verwaltung, und zwar möglichst hier und heute!

In diesem Zusammenhang kommt einem wieder die Frage nach der Eile für diese Vertragverabschiedung, die noch nicht einmal Zeit für eine rechtzeitige Beratung in den Fraktionen ließ! Hat man etwas zu verbergen? - oder will man einfach die fachliche Diskussion beenden, weil man mehr Transparenz bezüglich der hiesigen Kraftwerks- und Fernwärmenetzdaten und der entsprechenden Ausbaupläne meiden möchte? Wie steht es wirklich um die Klima- und Umweltfreundlichkeit einer zunehmenden Fernwärmelieferung durch das existierende Kraftwerk? Die nächstliegenden Ausbaupläne, die jetzt sofort unter Ausnutzung des vorhandenen zentralen Fernwärmenetzes möglich sind, werden offensichtlich durch eine bessere Auslastung des Kohlekraftwerkes bedient. Dies ist keine sehr umweltfreundliche, moderne Alternative der Wärmeversorgung!

Zu dem Gesamtthema der Klima- und Umweltaspekte der Fernwärmeversorgung durch BS Energy heute und deren geplante Entwicklung steht immer noch eine offene vorbehaltlose Diskussion der Fakten aus. Diese von den in diesem Themenumfeld Engagierten, Vereinen und Initiativen geforderte Diskussion mit BS ENERGY sollte offen und wirklich öffentlich sein. D.h., dass zumindest eine Podiumsdiskussion in der Brunsviga oder ähnliches angeboten wird. Keine so genannte Expertenanhörung ohne Beteiligung der Bürger und ohne offene Diskussion! Erst danach wird man wissen, wie positiv für uns und unsere Umwelt der angedachte Fernwärmeausbau wirklich ist. So ist der Nachweis, dass der Ersatz einzelner privater Heizungsanlagen durch einen Fernwärmeanschluss in jedem Fall zur Entlastung der Umwelt beiträgt, nach wie vor umstritten. Die energieeffiziente Erzeugung von Strom und Fernwärme im Kraft-Wärme-Kopplungsbetrieb ist nicht automatisch der Beleg für die Umweltfreundlichkeit eines so betriebenen, aber alten Kohlekraftwerkes wie dem an der Hamburger Strasse!

Eine kurze Anmerkung zu dem „über 120 Mio € großen Investitionspaket“: Davon werden über 80 Mio. in die Kraftwerk-Erweiterung um eine Gas/Dampf-Einheit gehen:

- ⇒ primär für ein vermehrtes Stromangebot außerhalb von Braunschweig
 - ⇒ von dieser Investition wird die Braunschweiger Wirtschaft wenig profitieren
- Die Beteiligung des Braunschweiger Handwerkes am Fernwärmeausbau ist natürlich zu begrüßen.

Davor stehen aber die Entscheidungen der Hausbesitzer für oder gegen einen Anschluss: Hilfreich wird dabei die Förderung der Anschlusskosten sein, - entscheidend aber die Betriebskosten! Und hierzu sind noch grundlegende Fragen bezüglich der Angebote an die Hausbesitzer offen:
Wie steht es um die Bindungsfristen und Kündigungsmöglichkeiten?
Wie steht es um die zukünftige Preisgestaltung?

Ist diese in Zukunft für die Kunden nachvollziehbar?

In den letzten Jahren ist Fernwärme um über 50% bis auf das Preisniveau von Gas verteuert worden. Konsequenterweise wird der Fernwärmepreis in Kürze einsam in der Luft sein, nachdem ja Öl- und Gaspreise im Sinkflug sind.

Gibt es Garantien, damit das ‚Abfallprodukt Fernwärme‘ in Zukunft billiger sein wird als Primärenergien?

Viele Fragen, über die auch wir Ratsmitglieder Bescheid wissen sollten, ehe wir einen Rahmenvertrag zu diesem Thema beschließen!

Inhaltlich gibt es gegen die Vorlage eigentlich nichts zu sagen, da nur BS Energy ihre Absicht zu Papier bringt, im Rahmen der Möglichkeiten, die Fernwärme in der Innenstadt weiter zu vermarkten. Wegen der wieder einmal die berechtigten Ansprüche der Ratsmitglieder missachtenden Vorgehensweise der Verwaltung, aber auch wegen der zahlreichen offenen Fragen zur Klima-Relevanz wie zur sonstigen vertraglichen Ausgestaltung lehnt die BIBS die Beschlussvorlage ab.

Frank Gundel
BIBS-Ratsherr